

Bürgerdeputierte
Frau Anna Clausnitzer
Frau Nadine Meier

Bürgerdeputierter
Herr Kai Friedemann

Zoom

stellvertretende Bürgerdeputierte
Frau Juliane Kirk-Siebke

Abwesend:

Mitglied
Ratsherr Dirk Dräger

Bürgerdeputierter
Herr Dr. Volker Bullwinkel

Bürgerdeputierte
Frau Jutta Eilert

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Bernd Beushausen (ab 17.30 Uhr)
Herr Mario Stellmacher
Frau Dr. Sonja Granzow
Frau Jennifer Holzgreve
Herr Jens Klaus
Herr Aaron Voß
Frau Bianca Jacobi
Herr Gerrit Engelke
Frau Birgit Dörries
Frau Ute Schaper
Herr Hans Günther Scharf
Frau Scarlett Springmann (Protokollführerin)

Presse:

Herr Riese (AZ)

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit der Ausschüsse sowie der Tagesordnung

Herr Schliestedt eröffnet als Vorsitzender die gemeinsame Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses sowie des Bau- und Grundeigentumsausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Riese von der Alfelder Zeitung. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Bevor

auch die Tagesordnung festgestellt wird, führt Frau Friedemann einen weiteren Tagesordnungspunkt an. Frau Kirk-Siebke soll als Bürgerdeputierte verpflichtet werden. Dieser Änderung der Tagesordnung wird zugestimmt.

2. Genehmigung der Protokolle über die gemeinsamen Sitzungen des Jugend- und Sozialausschusses und des Bau- und Grundeigentumsausschusses am 18.05.2022 und 31.05.2022 (wird nachgereicht)

Das Protokoll vom 18.05.2022 ist erst am Sitzungstag hochgeladen. Die Genehmigungen bei der Protokolle werden auf die nächste gemeinsame Sitzung verschoben.

3. Bericht über die aktuelle Corona- und Flüchtlingslage

Herr Stellmacher berichtet, dass sich die Coronalage entspannt. Derzeit liegt der Inzidenzwert bei ungefähr 300 im Landkreis Hildesheim. Die Entwicklung im Herbst bleibt abzuwarten. Die Alfelder Zeitung berichtet weiterhin regelmäßig über die aktuelle Coronalage.

Frau Holzgreve erklärt, dass ungefähr 200-220 ukrainische Datensätze zur Betreuung vorliegen und viele Ukrainer regelmäßig ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Ca. 50 Flüchtlinge sind in der Notunterkunft, in der Nikulka Halle, untergebracht. Auch ein Flüchtlingszustrom aus anderen Ländern ist zu verzeichnen. Die Unterkunft vom Landkreis Hildesheim in Dehnsen ist ebenfalls belegt. Es besteht viel Unterstützungsbedarf.

Herr Franke fragt nach, wie die Flüchtlinge mit der Bürokratie zurechtkommen, auch im Hinblick auf die Umstellung auf Leistungen nach dem SGB II. Die Schreiben zu übersetzen und zu verstehen, ist eine große Herausforderung. Herr von Nolting weist auf den Verein hin, der viele Schreiben übersetzt hat. Frau Holzgreve verwendet diese auch und empfiehlt den Google Translator.

4. Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung

Es sind keine Einwohner für Fragen anwesend.

5. Kultur- und Begegnungszentrum, Sedanstraße 15, Vorstellung Entwurf und Kostenberechnung

Herr Stellmacher präsentiert die Phasen und Kosten anhand verschiedener Deckblätter, Entwürfen und Grundrissen aus verschiedenen Perspektiven. Das Kellergeschoss besteht aus Lager- und Technikräumen. Das Erdgeschoss besteht aus Küche, Mehrzweckraum, Bühne, Lager/Technik, Sanitäranlagen und den doppelnutzbaren Räumen als Büro oder Backstagebereich. Eine Terrasse gibt es. Der erste Stock bleibt unverändert.

Übernachtungen können dort stattfinden. Die Dachterrasse könnte evtl. eingespart werden. Das Dachgeschoss wird nicht weiter ausgebaut, dort befindet sich nur das Lager und Treppenhaus. In den Plänen ist in Rot das Neue dargestellt und in Braun der Abbruch. Die Außenanlagen bestehen aus einer Aktionsfläche, Bühne, Sand, Garten und Sandsteinen zum Sitzen, wenn es nicht zu teuer ist.

Die Kostenberechnung ist detaillierter aufgestellt. Die Kostengruppen sind unterteilt. Insgesamt wird mit Kosten i.H.v. 1.319.905,37 € gerechnet. Im Vergleich zur Kostenschätzung vorher sind 20.000 € an Beleuchtung eingespart. Herr Stellmacher betont, dass die Preise auf aktuellen Ausschreibungen des Planungsbüros basieren und damit aktuell sind. Kostensprünge von heute bis Dezember sind nicht einkalkuliert. Von den 140.000 € handelt es sich bei 93.000 € um Abrisskosten (Kostengruppe 390). Diese müssen freigegeben werden, um den Zeitplan ein-

halten zu können. Herr Stellmacher weist darauf hin, dass es sich bei den Raumluftechnischen Anlagen nicht um Corona-Luftreiniger handelt, sondern um Abluftanlagen in den Sanitärräumen ohne Fenster. Für die Ausstattung im Kultur- und Begegnungszentrum sind nur 20.000 € angesetzt, weil vieles von der Jugendpflege übernommen wird.

Herr Stellmacher präsentiert den Innenstadtförderbescheid der KfW, der mit 216.150 € höher ausfällt als angenommen mit 175.000 €. Mit 5.000 € ist die Energieberatung zuwendungsfähig. Es gibt mehrere Phasen des Projektes. Die erste Phase zu den Planungskosten ist vorgestellt. Die zweite Phase ist der Abbruch, die dritte der Rohbau, die vierte die Elektronik. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ist unproblematisch. Die Restbescheide der NBank sollen aber Ende September vorliegen, erklärt Herr Beushausen.

Herr Stellmacher vergleicht die Kostenschätzung aus Mai 2022, welche bei 798.128,16 € lag, mit der Kostenberechnung aus August 2022, die fast 50.000 € weniger beträgt mit 744.004,89 €. Dies ist ein besseres Ergebnis im Haushalt der Stadt. Der Sperrvermerk soll im Dezember aufgehoben werden. Einsparpotentiale i.H.v. 77.000 € (vorher 120.000 €) gibt es beim Verzicht auf den Kabinenlift (ca. 30.000 €) und die Dachterrasse (ca. 22.000 €) sowie bei den Außenanlagen (ca. 25.000 €).

Anhand des Projektablaufplans sieht man die Arbeitsschritte, Termine und die Dauer. Bis zum 31.03.2023 müssen die Maßnahmen durchgeführt sein. Zum 31.06.2023 müssen die Verwendungsnachweise eingereicht werden. Jetzt soll mit der zweiten Phase, dem Abriss, begonnen werden, der Voraussetzung ist für die weiteren Phasen. Mitte November könnte man mit Phase drei/vier beginnen.

Die Kosten für die Weiterbeauftragung der Planer und die Ausführung des Abbruchs stellt Herr Stellmacher vor. Für die nächsten Planungsschritte würden ca. 121.000 € und für die Abbruchmaßnahmen ca. 93.500 € anfallen.

Frau Funk-Pernitzsch fragt nach, ob der Standort vom Treff in einer Ausschusssitzung diskutiert wurde und zeigt auf, dass man bei dieser Abstimmung indirekt dem gesamten Projekt zustimmen würde. Herr Stellmacher erklärt, dass bisher 72.000 € ausgegeben wurden (Planungsschritte 1-3) und nun bei der Freigabe der Planungsschritte 4-7 121.000 € verwendet werden sollen. Herr Beushausen stellt klar, dass die Standortentscheidung bei der Haushaltsentscheidung getroffen worden ist. Die investive Maßnahme vollzieht sich in Schritten, die Politik entscheidet über die Mittel.

Herr Franke bemängelt die fehlende Entscheidungsvorlage zu TOP 5 im Vorfeld. Er gibt an, nicht in der Lage zu sein, ohne Vorbereitungszeit zu entscheiden. Herr Beushausen erwidert, dass die Ladungsfrist eingehalten worden und zu jedem Tagesordnungspunkt auf Antrag eine Beschlussfassung erlaubt ist. Herr Stellmacher erklärt, dass wie bisher verfahren wird. Im Dezember soll der Sperrvermerk aufgehoben werden. Bezüglich eines Rechtsstreites aufgrund der Seveso III-Richtlinie bestehen keine Bedenken.

Herr Schliestedt dankt für die Präsentation und hinterfragt die Preiskalkulation im Vergleich zu Landtagsvorlagen. Herr Beushausen kann diese nicht beurteilen und erklärt noch einmal, dass die Preiskalkulation auf den aktuellen Preisen des Ingenieurbüros beruht.

Herr Behrens fragt, was passiert, wenn dem Abbruch nun zugestimmt wird und das Projekt später gestoppt wird, wenn das Gebäude schon unvollständig ist. Das Projekt müsste eigentlich komplett abgesegnet werden. Herr Stellmacher erklärt, dass der Abbruch nicht umsonst wäre. Dieser ist auch von Vorteil, wenn das Projekt bei der Innenstadtförderung aufgenommen oder das Gebäude verkauft wird. Der Denkmalschutz bleibt sowieso. Provisorisch würde das Ge-

bäude geschlossen werden. Herr Beushausen ergänzt, dass die Kosten daher nicht rausgeschmissen sind. Auch städtebaulich ist es spekulativ. Das Thema besteht nun seit über 10 Jahren. Die Jugendpflege/der Stadtjugendring braucht ein Gebäude und eine Entscheidung.

Frau Fischbock fordert eine Übersicht über die Vorabentscheidungen der Standortüberprüfungen an, um Transparenz zu schaffen. Herr Beushausen erwidert, dass das Thema mehrfach in den Ausschüssen und im Rat war. Es gab einige Investitionsmodelle. Es war Thema der Jugendstudie. Doch es ist „alternativlos“. Die Rechtsstreitigkeiten aufgrund der Seveso-Richtlinie müssen bedacht und Kriterien geprüft werden. Frau Dr. Granzow erklärt, dass sie mit Herrn Sue die Alternativen geprüft hat. Frau Funk-Pernitzsch fordert eine Liste von Frau Dr. Granzow, warum einige Standorte ausgeschlossen worden sind, also anhand welcher Kriterien. Herr Beushausen nennt als Kriterien die Marktverfügbarkeit, den Radius aufgrund der Seveso III-Richtlinie sowie die Größe/Struktur. Förderszenarien werden beachtet. Als Alternativen fallen das alte Kino, die Hausmeisterwohnung der Schulrat-Habermalz-Schule und die Sauna, die jedoch nach der Prüfung nicht mehr in Frage kamen.

Herr Dr. Grasemann fragt nach der Höhe der Förderung in Prozent. Herr Stellmacher nennt die Zweidrittelförderung, also ein Drittel vom Bund, ein Drittel vom Land und ein Drittel der Kommune zur Städtebauförderung. Die Förderung würde 355.000 € betragen.

Herr Gensicke erklärt, dass man bei den Kosten nur in eine Glaskugel schauen kann. Er macht deutlich, dass die Zeit läuft und das eine Gegenstimme eine Ablehnung des Projektes ist. Kosten fallen auch beim Abriss für den Verkauf an und ein Rückzug des Projektes ist möglich. Eine Meldung im Ratsinformationssystem hätte er sich auch gewünscht.

Frau Friedemann gibt an, dass man am 31.05.2022 so verblieben ist, dass es nun entschieden wird. Sie zeigt auf, dass die Chancen der Förderungen wahrgenommen werden sollten. Es soll vorangekommen werden, die Jugendarbeit soll wertgeschätzt werden. Es wäre eine gemeinsame Nutzung mit Freizeit und Kultur, worauf alle warten. Zu den Gerüchten der alternativen Standorte ergänzt sie, dass die Hausmeisterwohnung vom Landkreis als Eigenbedarf gilt. Auch sie bedauert die fehlende Beschlussvorlage im Vorfeld.

Herr von Nolting hätte sich auch eine Message an die Fraktionsvorsitzenden gewünscht. Er unterstellt Herrn Stellmacher ein bewusstes Manöver. Ihm fällt die Freigabe von 100.000 € bei der aktuellen weltpolitischen Lage schwer. Dabei nennt er den Krieg, das Sieben Berge Bad und die Energiekrise. Eine andere Förderperiode wäre evtl. besser. Herr Beushausen erklärt, dass die Zukunft immer ungewiss sei und es nie eine Alternative gab. In Alfeld wird es sonst keine Jugendarbeit mehr geben.

Herr Dr. Grasemann sagt, dass die Seveso III-Richtlinie das Projekt blockiert hat. Die Frage ist, ob die Stadt entscheiden soll oder es abgegeben wird. Die Verwaltungsarbeit und das Treff sind gut. Nach zehn Jahren soll es endlich losgehen, dann sind drei Haushalte etwas mehr belastet, dafür hat man aber auch Jugend- und Kulturarbeit. Es soll weitergemacht werden und weiterhin kostenbewusst. An Pflicht- oder freiwillige Leistungen sollte gedacht werden, wie beispielsweise die Kinderbetreuung in den Ferien.

Frau Friedemann möchte sich nicht von Zwängen leiten lassen. Die Jugend braucht Raum und aufgrund der Coronapandemie gab es eine lange Pause. Begegnung muss stattfinden. Die SPD möchte diese Begegnungsmöglichkeiten und die Jugendarbeit in Alfeld erhalten, im Treff kann dies stattfinden.

Herr Sachs geht noch einmal auf die Dauer dieser Entscheidung ein. Immer wieder wurde die Verwaltung aufgefordert und hat geliefert. Jeder hat die Jugend in seinem Wahlprogramm.

Nichts ist schlimmer als nichts zu tun. Es müsse sich sonst vom Wahlprogramm verabschiedet werden, dann ist die Jugendarbeit tot. Eine Vorlage wäre schon gut gewesen.

Herr Grasmann fordert, die Jugendarbeit herauszulassen, die es zu emotional macht.

Herr Behrens erklärt, dass die Jugendarbeit woanders stattfinden würde, es dauert nur. Die Stadtentwicklung muss weitergehen. Er macht klar, dass es kein einheitliches Abstimmungsbild geben wird, eine Enthaltung akzeptiert er aber nicht. Kostenabrechnungen weichen schnell mal ab. Er möchte eine Fortführung des Projektes.

Frau Funk-Pernitzsch beantragt für die Grünen eine Pause.

Herr Hölzgebauer wirft ein, dass Fördermittel nicht alles sind. Er fragt, ob das Projekt rechtlich zulässig ist. Den Antrag unterstützt er nicht. Herr Stellmacher erklärt, dass die Entfernung zwischen den Störpunkten des Treffs und des Alfeld Rockt Cafés fast identisch sind. Herr Beushausen ergänzt, dass im aktuellen Haushaltsjahr ein Ansatz von 800.000 € eingetragen ist.

Pause 18:48 bis 18:57 Uhr

Beschlussvorschläge der Verwaltung:

„1. Weiterbeauftragung der Planer:

Zur weitergehenden Bearbeitung des Förderprojekts „Kultur- und Begegnungszentrum“ werden die Planer mit den Leistungsphasen 4 bis 7 bzw. 5 bis 7 beauftragt. Das ermittelte Gesamthonorar für diese Leistungsphasen beträgt ca. 121.000 €.

2. Ausschreibung und Umsetzung der Abbrucharbeiten:

Der geplante Abbruch der hinteren Gebäudeteile soll umgehend ausgeschrieben, beauftragt und ausgeführt werden.“

Herr Lohmann vertritt Herrn Gensicke.

Jugend- und Sozialausschuss: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

Bau- und Grundeigentumsausschuss: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

Der Jugend- und Sozialausschuss stimmt dafür, der Bau- und Grundeigentumsausschuss dagegen. Damit sind die Beschlussvorschläge abgelehnt.

Herr Beushausen kündigt an, den Verwaltungsausschuss für den nächsten Tag aufgrund der Dringlichkeit einzuberufen.

Frau Meier gibt emotional ihre Meinung zum Ausdruck. Sie macht noch einmal deutlich, wie lange das Thema relevant ist und keine Alternative gefunden ist. Die letzte Ablehnung gab es 2015 und Corona hat das Projekt weiter hinausgezögert. Sie macht deutlich, wie wichtig der soziale-kulturelle Bereich ist und wie viel ehrenamtliche Arbeit investiert wird. Die Kinder gelten als Zukunft und gerade im Hinblick auf die steigenden Geburtenzahlen, die Flüchtlinge und die lange Coronapause ist das Thema äußerst wichtig und die Jugend hat es verdient.

Herr Schliestedt bedauert die Entscheidung. Der Verwaltungsausschuss kann das Ergebnis evtl. noch ändern. Herr Beushausen erklärt, dass die Politik entscheidet. Den Verwaltungsausschuss kann er bei Dringlichkeit, da der Stadt Übel droht, ohne die Einhaltung der Ladungsfrist einberufen.

6. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Bürgerdeputierten

Herr Beushausen geht auf die obliegenden Pflichten nach dem Niedersächsischen Kommunalverwaltungsgesetz (NKomVG) ein und händigt der Bürgerdeputierten Frau Kirk-Siebke einen Abdruck der Bestimmungen aus. Diese Aushändigung wird durch Unterschrift von ihr bestätigt.

Herr Heintzel ist nicht erschienen.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

8. Anfragen

Herr Franke fragt, ob es sich auf dem Gelände der alten Friedhofsgärtnerei um Eternitplatten handelt. Herr Beushausen möchte auf der Baustelle nachfragen.

Da keine weiteren Anfragen bestehen, schließt Herr Schliestedt die gemeinsame Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses sowie des Bau- und Grundeigentumsausschusses um 19:17 Uhr.

Die Vorsitzende

Der Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin

(Friedemann)

(Schliestedt)

(Beushausen)

(Springmann)